„Der Begriff glatte Parität ist irreführend"

CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf über Mitbestimmung

Biedenkopf (M.) beim SPIEGEL-Gespräch im Bonner Konrad-Adenauer-Haus*

SPIEGEL: Sie sind, Herr Professor Biedenkopf, ein knappes halbes Jahr als neuer CDU-Generalsekretär im Amt, und schon haben Sie mit dafür gesorgt, daß Ihrem Parteivorsitzenden Helmut Kohl eine schwere Niederlage droht. Denn der von Ihnen maßgeblich beeinflußte Mitbestimmungsvorschlag des Parteivorstandes, der nicht die volle Parität von Kapital und Arbeit vorsieht, kann durchaus nach der Ablehnung durch die Landesparteitage des Rheinlands und von Westfalen-Lippe auch auf dem Hamburger Bundeskonvent der CDU durchfallen. Oder geben Sie der Vorstandsvorlage noch eine Chance?

BIEDENKOPF: Ich gebe der Vorstandsvorlage eine gute Chance. Von einer schweren Niederlage kann keine Rede sein. Man muß die beiden Beschlüsse der Landesparteitage etwas genauer analysieren. Der rheinische Parteitag, der sich mit erheblicher Mehrheit die Vorschläge der Sozialausschüsse zu eigen gemacht hat, wählte gleichzeitig mich mit der höchsten aller Stimmenzahlen zum Delegierten für Hamburg, obwohl ich in meinem Begrüßungswort über meine Haltung in der Mitbestimmungsfrage keinen Zweifel gelassen habe. Ich finde das beachtlich. Der westfälische Parteitag hat sich ebenfalls für das Sozialausschuß-Modell entschieden, dann aber eine Kommission eingesetzt, die auf der Grundlage dieser Beschlüsse ein neues Unternehmensrecht formulieren soll. Darin sehe ich eine Relativierung des Beschlusses.

SPIEGEL: Dennoch binden die beiden Beschlüsse die Delegierten für Hamburg.

BIEDENKOPF: Nein, Herr Köppler, der rheinische CDU-Chef, hat in Frimmersdorf erklärt, daß die Delegierten für Hamburg nach ihrer eigenen Überzeugung entscheiden müssen. Es gibt in der CDU kein imperatives Mandat.

SPIEGEL: Haben sich also die Sozialausschüsse zu früh gefreut? Sind sie ausgetrickst worden, indem ihr Paritätsmodell zwar auf den beiden Landesparteitagen akzeptiert wurde, die Delegierten des Rheinlandes und von Westfalen-Lippe aber in Hamburg gegen die Sozialausschüsse votieren werden?

BIEDENKOPF: Das kann man so nicht sagen. Die beiden Parteitage waren wichtig für die Meinungsbildungsprozesse dieser Landesverbände. Sicherlich sind diese Entscheidungen für die nordrhein-westfälische CDU, auch im Hinblick auf den Landtagswahlkampf 1975, von großer Bedeutung. Aber wir dürfen nicht übersehen, daß nicht der nordrhein-westfälische Landesgesetzgeber die Mitbestimmungsfrage regelt, sondern der Bundesgesetzgeber, und daß die Grundlagen, die für die Arbeit der Partei und der Fraktion nach dem Statut der CDU verbindlich sein sollen, von der Bundespartei beschlossen werden. Auch Hans Katzer hat zwischen Frimmersdorf und Hamburg unterschieden.

SPIEGEL: Wenn das Vorstandsmodell dennoch abgeschmettert werden sollte, welche Konsequenzen werden Sie dann ziehen?

BIEDENKOPF: Über diese Brücke gehe ich, wenn ich hinkomme. Ich glaube aber, daß Sie bei der Beurteilung der Vorstandsvorlage einen Fehler machen, wenn Sie das Problem, über das wir in Hamburg beraten, auf die Frage der Parität im Aufsichtsrat reduzieren. Die Hauptaufgabe ist die Beschlußfassung über die Notwendigkeit und die Grundlinien eines neuen Unternehmensrechts.

SPIEGEL: Die Sozialausschüsse sehen das anders.

BIEDENKOPF: Es besteht eine große Übereinstimmung in der CDU über die Notwendigkeit, das Unternehmensrecht zu reformieren. Ich halte das für eine höchst beachtliche Entwicklung. Vor allem aber besteht in der CDU eine große Übereinstimmung über die Notwendigkeit, ein neues Unternehmensrecht und die Vermögenspolitik miteinander zu verbinden. Das ist in meinen Augen der entscheidende Schritt in einer langfristigen parteipolitischen Strategie.

SPIEGEL: Dem Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse, Norbert Blüm, geht es aber nicht um ein Unternehmensrecht für das Jahr 2000, sondern um echte Parität heute. Sie versuchen doch, mit dem Plädoyer für ein neues Unternehmensrecht von dem Streit um die glatte Parität abzulenken.

BIEDENKOPF: Ich habe nicht die geringste Absicht, von der Frage der glatten Parität abzulenken. Aber ich muß feststellen, daß die Idee, ein neues Unternehmensrecht zu schaffen, die Idee der Sozialausschüsse ist und daß die Partei sich diese Idee jetzt zu eigen gemacht hat. Insofern haben sich die Sozialausschüsse durchgesetzt.

SPIEGEL: Nur mit ihrer Kernforderung nach Parität haben sie sich nicht durchgesetzt.

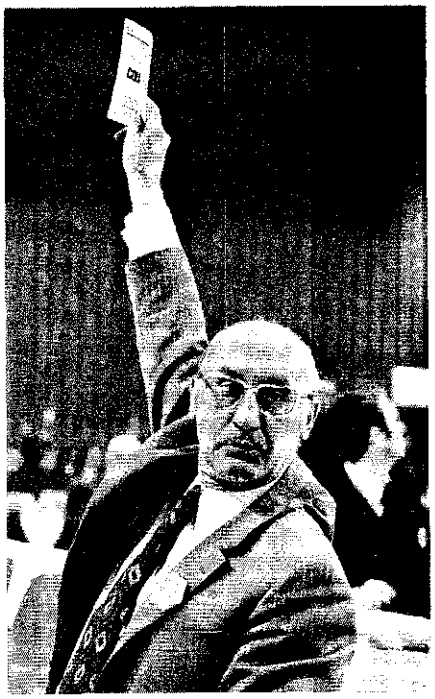
BIEDENKOPF: Das ist nicht zutreffend. Unsere Absichten beziehen sich

* Mit Klaus Wirtgen und Dirk Koch.

auf zwei Ebenen: Wir wollen ein neues Unternehmensrecht schaffen, das unter Einbeziehung der Vermögenspolitik die gleichberechtigte Kooperation der im Unternehmen tätigen Kräfte verwirklicht. Und wir wollen Richtlinien beschließen, die bis zur Verwirklichung dieses Zieles das geltende Mitbestimmungsrecht fortschreiben. Der CDU-Vorstand hat mit anderen Worten die Möglichkeiten des geltenden Rechts zur Verbesserung der Arbeitnehmermitbestimmung voll ausgeschöpft.

SPIEGEL: Dabei aber die glatte Parität abgelehnt ...

BIEDENKOPF: ... weil die glatte Parität mit unseren verfassungspolitischen Vorstellungen nicht vereinbar ist. Ich darf klarstellen: Dieser Begriff „glatte Parität" ist ausgesprochen irreführend. In der CDU wird immer ge-



CDU-Mitbestimmer Katzer
Viel zu oft im Stich gelassen

sagt, eine Parität ohne Wenn und Aber sei notwendig. Aber die sogenannte glatte Parität im Aufsichtsrat ist eine Parität mit Wenn und Aber.

SPIEGEL: So sehen Sie es.

BIEDENKOPF: Es ist nämlich eine Parität, die die Möglichkeiten der Arbeitnehmer unverändert bestehen läßt, über die Betriebsverfassung, über die Tarifautonomie und das Streikrecht unabhängig vom Aufsichtsrat auf die Unternehmensleitung einzuwirken. Um das Gleichgewicht im Unternehmen zu gewährleisten, müßte man bei glatter Parität alle Möglichkeiten der Einwirkung auf die Willensbildung von außen entscheidend verändern. Das will aber offenbar niemand.

SPIEGEL: Vermischen Sie da nicht Äpfel und Birnen? Sind nicht Betriebsrat, Tarifpartner und Aufsichtsrat ganz verschiedene Entscheidungsebenen?

BIEDENKOPF: Die glatte Parität wird gefordert, um die Stellung des Vorstandes zwischen Anteilseignern und Arbeitnehmern zu neutralisieren. Es geht vor allem um die paritätische Einflußnahme auf die personelle Besetzung des Vorstandes.

SPIEGEL: Es geht nicht nur um die Mitbestimmung in der Personalpolitik, sondern auch um Einfluß auf die Investitions- und Finanzpolitik.

BIEDENKOPF: Das Kernstück ist die Personalpolitik. Alles andere wird nach geltendem Recht nicht vom Aufsichtsrat veranlaßt, sondern genehmigt. Der Vorstand soll also, da er von einem paritätisch besetzten Aufsichtsrat bestellt wird, gegenüber Anteilseignern und Arbeitnehmern gleichermaßen neutral sein. Wie kann er aber neutral sein und gleichzeitig Konflikte mit Betriebsrat oder der Gewerkschaft austragen?

„Von Zwang zur Partnerschaft kann keine Rede sein."

SPIEGEL: Sehen Sie die Situation nicht zu akademisch? Denn erstens verhandeln nicht Unternehmensvorstände mit den Gewerkschaften, sondern Unternehmerverbände, und zweitens bestellen in der Regel auch die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat nur solche Vorstandsmanager, denen sie ein gutes Unternehmensergebnis zutrauen.

BIEDENKOPF: Die Unternehmensverbände sind nichts anderes als die Vertreter der Vorstände der Mitgliedsunternehmen. Der zweite Einwand geht an der Sache vorbei. Unabhängig von der Qualität des Vorstandes wird er durch seine Neutralisierung in eine unlösbare Konflikt-Situation gebracht.

SPIEGEL: Aber gegen den Willen der Anteilseigner kann doch bei Parität auch nichts geschehen. Folgert daraus nicht der Zwang zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit?

BIEDENKOPF: Von Zwang zu partnerschaftlicher Zusammenarbeit kann bei glatter Parität in Verbindung mit dem Streikrecht nicht die Rede sein.

SPIEGEL: Die Unternehmer haben auch das Recht zur Aussperrung.

BIEDENKOPF: Sie werden wohl nicht annehmen, daß ein sogenannter neutralisierter Vorstand, der paritätisch von beiden Seiten des Aufsichtsrats abhängig ist, noch in der Lage ist, jemanden auszusperren.

SPIEGEL: Theoretisch wohl.

BIEDENKOPF: Theoretisch wohl, aber ich könnte mir vorstellen, daß der SPIEGEL auch für die faktischen Wirkungen von Institutionen Verständnis hat. Es ist doch völlig ausgeschlossen anzunehmen, daß ein Vorstand, dessen Wiederbestellung von den Arbeitneh-

Testhören beim Kenwood-Fachhändler! Start: 12. November.

Wenn Sie Quadrofonie noch nie im Ohr hatten: Jetzt bietet sich Ihnen eine gute Gelegenheit. Denn ab 12. November stehen in Kenwood-Fachgeschäften die Kenwood TWO-FOUR-Receiver der neuen Generation zum Testhören bereit. Aber, warten Sie nicht zu lange: Die Aktion endet am 8. 12. Weil wir für alle echten HiFi-Freunde einen Fragebogen ausgelegt haben, den Sie kostenlos und unverbindlich von Ihrem Händler erhalten oder direkt von Kenwood anfordern können.

HiFi-Fragebogen-Aktion

Jeder, der die neuen Kenwood TWO-FOUR-Receiver „testhört" und uns einen ausgefüllten Fragebogen zurückschickt, wird — mit etwas Glück — belohnt. Denn wir verlosen rechtzeitig vor Weihnachten neun Kenwood TWO-FOUR-Receiver. Und 1.000 2-Kanal/4-Kanal-Langspielplatten außerdem!

9 TWO-FOUR-Receiver zu gewinnen. Und 1.000 2-Kanal/4-Kanal-Langspielplatten!

Gehen Sie also gleich nach dem 12. November in Ihr Kenwood-Fachgeschäft. (Wir nennen Ihnen gern den Händler in Ihrer Nähe, der an der Kenwood-Aktion teilnimmt.) Hören Sie die neuen Kenwood-Receiver und schicken Sie uns den Fragebogen zurück. Vielleicht sind Sie bald ganz frank und frei stolzer Besitzer eines TWO-FOUR-Receivers von Kenwood. Selbstverständlich sind Teilnahme und die Chance zu gewinnen nicht vom Kauf irgendeines Artikels abhängig.

mervertretern im Aufsichtsrat abhängt . . .

SPIEGEL: Allenfalls mitabhängt . . .

BIEDENKOPF: . . . nein, abhängt. Wenn die Arbeitnehmervertreter bei der glatten Parität nein sagen, wird der Vorstand nicht wiederbestellt.

SPIEGEL: Er kann auch nicht wiederbestellt werden gegen den Willen der anderen.

BIEDENKOPF: Ja, und Sie können jetzt bei der Intendantenbestellung im Norddeutschen Rundfunk sehen, was das für Wirkungen hat. Das ist ein Beispiel par excellence für eine paritätische Personalpolitik mit Entscheidungszwang. Es kommt keine Entscheidung zustande, mit der Folge, daß eine so bedeutende Anstalt heute keinen Kopf mehr hat. Dieses System möchte man jetzt auf die großen Unternehmen ausdehnen.

SPIEGEL: Sie sind nicht nur Politiker, sondern waren auch mal Wirtschaftler und wissen daher, daß in Unternehmen andere Spielregeln gelten als in öffentlich-rechtlichen Anstalten mit ihrem Parteienproporz.

BIEDENKOPF: Was Sie sagen, ist nicht zutreffend. In den Unternehmen gelten andere Spielregeln nur so lange, wie auch andere institutionelle Regelungen da sind.

SPIEGEL: Wirtschaft und NDR sind dennoch nicht vergleichbar.

BIEDENKOPF: Wieso nicht vergleichbar? Gibt es denn beim NDR kein öffentliches und wirtschaftliches Interesse daran, daß er eine aktionsfähige Führung hat?

„Die Öffentlichkeit wird die Rechnung bezahlen."

SPIEGEL: Der NDR ist nicht gezwungen, Gewinne zu machen, und kann bei Verlusten auf den Staat bauen.

BIEDENKOPF: Wenn bei Großunternehmen ähnliche Probleme auftreten, wird ebenfalls die Öffentlichkeit, wenn auch nicht über den Steuerzahler so auf andere Weise, die Rechnung bezahlen.

SPIEGEL: Nein, normalerweise gehen diese Unternehmen pleite.

BIEDENKOPF: Unternehmen der Größenordnung, über die wir hier reden, werden in Deutschland kaum pleite gehen.

SPIEGEL: Borgward und Schlieker sind sehr wohl pleite gegangen.

BIEDENKOPF: Ich glaube nicht, daß man das heute noch zulassen würde. Sicher würde man keines der 400 oder 500 Großunternehmen, auf die die paritätische Mitbestimmung Anwendung finden soll, wirtschaftlich zugrunde gehen lassen. Die glatte Parität im Großunternehmen ist die große Koalition der Produzenten-Interessen mit der Folge, daß beide Produzenten-Interessen, nämlich die der Anteilseigner und die der Gewerkschaften, die ja auch Produzenten-Interessen vertreten, verbunden werden. Wenn sich diese beiden Produzenten-Interessen zu Lasten der Allgemeinheit verständigen können, werden sie das tun. Und gerade dies soll unser neues Unternehmensrecht verhindern helfen. Es darf nicht mehr passieren, was in der Montan-Industrie gerade in den letzten drei Jahren mehrere Male passiert ist, daß nämlich die Arbeitnehmer dieser Unternehmen zu den Mitbestimmungsträgern, die sie selbst gewählt haben, kein Vertrauen mehr haben und sagen, die klüngeln, die machen Kumpe.

SPIEGEL: Ihre Argumente zugunsten der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer in Ehren. In Wahrheit argumentieren Sie doch nur zum Vorteil der Kapitalseite.

BIEDENKOPF: Das ist doch kein Vorteil der Kapitaleignerseite. Es ist offenbar sehr schwierig klarzumachen, daß die Ablehnung einer glatten Parität im Rahmen des geltenden Rechts nichts mit der Bevorzugung der Kapitalseite zu tun hat. Ich habe doch überhaupt keine Kapitalinteressen.

SPIEGEL: Sie sind Generalsekretär einer Partei, die bislang unter ihren Mitgliedern mehr Anhänger der Kapitaleigner als Vertreter der Arbeitnehmer hatte und in ihrer Politik das auch klar zum Ausdruck gebracht hat.

BIEDENKOPF: Das ist doch eine für meine Argumentation völlig unerhebliche Feststellung. Ich bin Generalsekretär einer Partei, die Volkspartei ist und auf dem Wege ist, das auch allen klarzumachen. Und ich bin jemand, der seit immerhin zehn oder zwölf Jahren für die Kontrollierbarkeit der Wirtschaft durch Wettbewerb und Gewaltenteilung kämpft, der ganz klare ordnungspolitische Vorstellungen vertritt, und zwar gerade auch dann, wenn sie gegen die sogenannten Kapitalinteressen waren. Die Marktwirtschaft ist nicht für den Unternehmer, sondern die Unternehmer sind für die Marktwirtschaft da.

„Die Arbeitnehmerschaft will nicht bevormundet werden."

SPIEGEL: Woran die Arbeitnehmerschaft, die noch immer mehrheitlich in der SPD organisiert ist, interessiert ist, hat sie kürzlich auf der Arbeitnehmerkonferenz ihrer Partei dargestellt, und es wird täglich durch die Gewerkschaften artikuliert: an klarer paritätischer Mitbestimmung und an Änderung der Machtverhältnisse in der Wirtschaft.

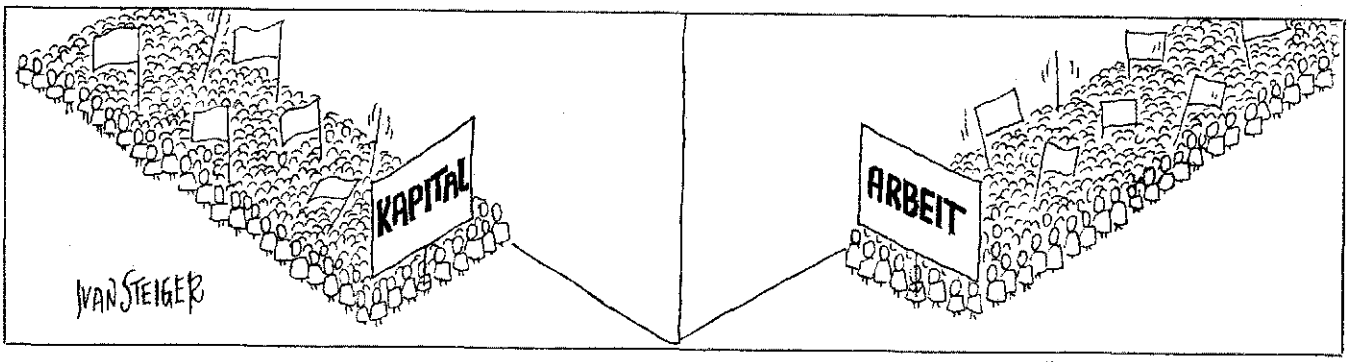
BIEDENKOPF: Diese Interpretation des Arbeitnehmerinteresses ist ausschließlich SPD-Interpretation des Arbeitnehmerinteresses. Ich glaube nicht, daß die sich zur bewußten Selbständigkeit entwickelnde Arbeitnehmerschaft daran interessiert ist, in dieser Weise sozialistisch bevormundet zu werden.

SPIEGEL: Was ist Ihre Alternative? Die SPD wirbt um den Arbeitnehmer mit dem steten Ausbau des sozialen Versorgungsstaats unter Einschluß kollektiver Elemente.

BIEDENKOPF: Ja.

SPIEGEL: Will die CDU dabei mit etwas Abstand folgen?

BIEDENKOPF: Wir wollen ganz sicherlich auf dem Weg nicht folgen, sondern wir wollen die große Chance einer freiheitlichen Wohlstandsgesellschaft nutzen, die Alternativen für den einzelnen Bürger zu vermehren. Ich kann keinen Fortschritt für die Arbeitnehmerschaft darin sehen, Empfänger von Beteiligungsscheinen aus zentralen Ver-



Auf dem Marsch zum Mitbestimmungs-Kompromiß

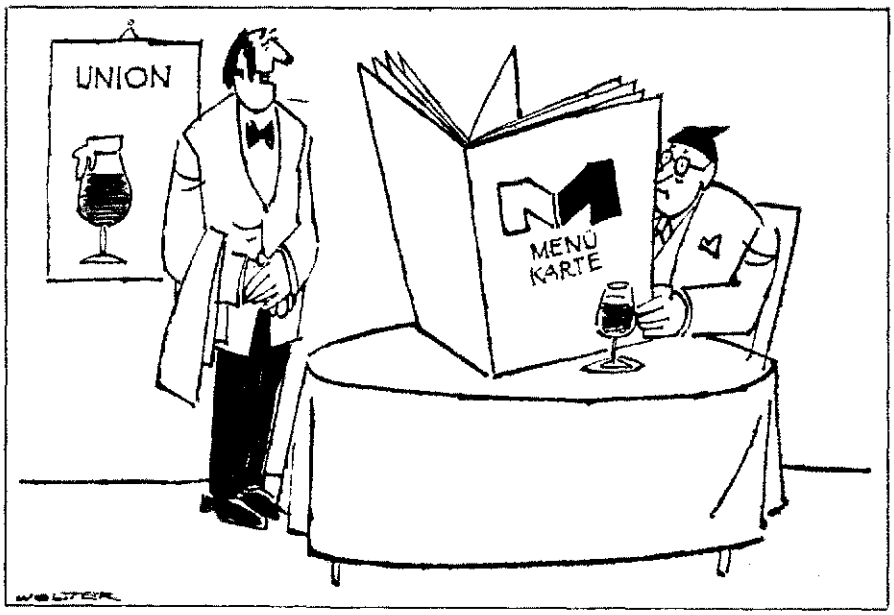
Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

mögensfonds zu werden, deren Verzinsung für öffentliche Investitionen benutzt wird. Wir teilen nicht diese Einschätzung der Selbständigkeit und der Mündigkeit des Bürgers.

SPIEGEL: Dann betreiben Sie aber alte CDU-Politik mit neuen Mitteln: dieses Heranzüchten von Kleinbürgern und Kleinkapitalisten, die dann etwas mehr Wohlfahrt genießen, aber auf die eigentlichen Entscheidungsprozesse keinen Einfluß haben.

BIEDENKOPF: Wir „züchten" weder Kleinbürger noch Kleinkapitalisten, sondern wir wollen die Möglichkeit eröffnen, daß die Arbeitnehmer neben den Kapitalgebern gleichberechtigte Mitglieder des Unternehmensverbandes werden.

SPIEGEL: Wir meinen, daß die Parität die Mitwirkung an Entscheidungsprozessen in den Unternehmen, etwa auch über Bedingungen am Arbeitsplatz, fördert.



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

„Einmal Mitbestimmung à la Biedenkopf, Katzer, Stoltenberg?"

BIEDENKOPF: Wenn es etwa darum gehen sollte, daß damit mißliche Bedingungen am Arbeitsplatz beseitigt werden sollen, dann gibt es eine sehr viel wirksamere Art für den Arbeitnehmer, auf solche Bedingungen zu reagieren, nämlich den Arbeitsplatz zu wechseln.

SPIEGEL: Das ist bei den Struktur-Unterschieden und regionalen Gefällen in der Wirtschaft nicht immer möglich.

BIEDENKOPF: Dann sollten wir uns anstrengen, dieses regionale Gefälle dahin abzuändern und auszugleichen, daß in allen Bereichen unseres Landes der Arbeitnehmer durch eine eigene Entscheidung auf Bedingungen reagieren kann, die ihm nicht passen, aber nicht darauf angewiesen ist, daß er über einen für ihn überhaupt nicht überschaubaren Legitimationsweg in einem Aufsichtsrat solche Dinge zur Geltung bringt. Das ist doch viel zu weit weg. Der Aufsichtsrat wird sich niemals mit solchen Fragen beschäftigen.

SPIEGEL: Die Sozialausschüßler sehen das anders. Sie, Herr Biedenkopf, haben des öfteren erklärt, daß die Arbeitnehmer-Interessen nicht mehr allein durch die Sozialausschüsse in der CDU vertreten werden sollen, sondern durch die Gesamtpartei. Wollen Sie Katzer und Blüm entmachten?

BIEDENKOPF: Nein. Die Sozialausschüsse sind nach der Satzung der CDU ein Teil der Gesamtpartei. Sie werden immer eine besondere Rolle im Rahmen der Arbeitnehmerpolitik der CDU spielen. Die Partei wird aber in sehr viel stärkerem Maße als bisher in ihrer Gesamtorganisation über Arbeitnehmerpolitik diskutieren und den Sozialausschüssen Flankenschutz geben. Die CDU hat in der Vergangenheit die Sozialausschüsse viel zu oft im Stich gelassen.

SPIEGEL: Jetzt wollen die Sozialausschüsse die Parität haben, da werden sie wieder im Stich gelassen.

BIEDENKOPF: Die Sozialausschüsse werden in Hamburg mit ihrem Hauptanliegen, nämlich der Neuentwicklung eines Unternehmensrechts, mit Sicherheit nicht abgeschmettert werden.

SPIEGEL: Hans Katzer und Norbert Blüm formulieren ihr Hauptanliegen wesentlich anders, ihnen geht es um Parität jetzt.

BIEDENKOPF: Es ist nicht meine Aufgabe, Formulierungen von Hans Katzer oder Norbert Blüm zu kritisieren oder zu interpretieren. Ich bin jedoch der Auffassung, daß man für hier und heute nur das anstreben sollte, was auch verwirklicht werden kann. Es ist nicht sehr politisch, Möglichkeiten der Zukunft als Alternativen der Gegenwart darzustellen. Im übrigen sollten wir über die Mitbestimmungsdebatte nicht die wirklich entscheidenden Dinge aus den Augen verlieren. Wenn zum Beispiel die Araber mit ihrer Energiepolitik so weitermachen, was glauben Sie, was hier in der Bundesrepublik in den nächsten zehn Jahren passieren wird? Es werden tiefgreifende wirtschaftliche Strukturveränderungen notwendig sein, bei denen wir die ganze Kraft einer großen Partei brauchen, um sie politisch zu bewältigen. Demgegenüber wird die Frage der Besetzung von Aufsichtsräten bei 400 Großunternehmen völlig nebensächlich sein.

„Wir haben nicht sehr viel Zeit."

SPIEGEL: Sie haben es bereits geschafft, sich nicht nur Ärger mit der Parteilinken einzuhandeln, sondern auch mit der Parteirechten ...

BIEDENKOPF: In der Tat.

SPIEGEL: ...weil Sie, wie es uns scheint, vorgehen nach dem Prinzip Integration durch Aggression.

BIEDENKOPF: Nein, Aggression ist ein irrationaler Prozeß. Aber ich habe gesagt, daß ich die Offenlegung und die Austragung von Konfliktsituationen für notwendig halte. Die CDU hat deshalb diesen Belastungsprozeß jahrelang nicht erfahren.

SPIEGEL: Überfordern Sie dann nicht diese Partei, der die Füße eingeschlafen sind?

BIEDENKOPF: Das muß man abwarten. Wir haben nicht sehr viel Zeit. Diesen Trimm-dich-Prozeß müssen wir mit einer gewissen Intensität betreiben, wenn er erfolgreich sein soll. Ich habe ein politisches Mandat übernommen, welches diesen Auftrag einschließt.

SPIEGEL: Sie haben es sich zum Ziel gesetzt, den überproportionalen Einfluß der CSU zurückzuschneiden?

BIEDENKOPF: Nein, denn einen überproportionalen Einfluß der CSU auf die CDU kann ich nicht feststellen.

SPIEGEL: Dann haben Sie aber keine Augen im Kopf für das, was in der Vergangenheit geschehen ist.

BIEDENKOPF: Wissen Sie, ich bin am 12. Juni 1973 zum Generalsekretär gewählt worden, und ich habe die Absicht, mein Handeln als Generalsekretär durch das bestimmen zu lassen, was ich in der Zukunft tun kann. Der Wechsel in der Führungsspitze einer Partei erhält dadurch seine ziel- und sachbezogene Funktion.

SPIEGEL: Ihr Wort in Franz Josef Straußens Ohr.

BIEDENKOPF: Ich glaube, Sie unterschätzen das Interesse von Franz Josef Strauß daran, daß die CDU/CSU wieder die Regierung übernimmt.

SPIEGEL: Herr Biedenkopf, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.